



Das Debakel der USR II darf sich nicht wiederholen

Referat von Barbara Gysi, Nationalrätin SG, Vizepräsidentin der SP Schweiz

Es gilt das gesprochene Wort.

Einleitung

- Die SP befürchtet im Rahmen der USR III eine Wiederholung des Debakels der USR II mit Steuerausfällen in Milliardenhöhe bzw. einer Entlastung der Unternehmen zulasten von steuerlicher Mehrbelastung der natürlichen Personen bzw. staatliche Leistungsreduktion als Folge der Steuerausfälle.
- Für die SP war immer klar, dass der Steuerstreit mit der EU nur durch eine Streichung von Art. 28 Abs. 2 bis 4 StHG erreicht werden kann. Nur diese Vorgabe rechtfertigt aus Sicht der SP eine USR III, weil keinerlei Notwendigkeit besteht, die Unternehmenssteuern grundsätzlich weiter zu senken. Dagegen sprechen die Top-Positionen der meisten Schweizer Kantone im internationalen Vergleich (auch ohne Berücksichtigung der Statusgesellschaften)
- Momentan fehlen die entscheidenden Datengrundlagen, um eine politisch akzeptable Umsetzung einer USR III zu modellieren. Darum hat die SP-Fraktion die beiden Forschungsbüros Mundiconsult und BSS damit beauftragt, mit verschiedenen Szenarien die Folgen einer USR III zu schätzen.
- Eine fundierte Datenlage für die anstehenden Debatten und Entscheide zur USR III sind von höchster Wichtigkeit.

Zusammenfassung/Abschluss

- Wie eine sinnvolle USR III ausgestaltet werden kann, ist momentan unklar und auch die SP verfügt noch über kein abschliessendes Konzept.
- Die Zahlen der heute präsentierten Studie zeigen aber auf, wie eine solche Reform nicht ausgestaltet werden kann: Gemäss den Vorschlägen des Kantons Genf, die einfach alle Kantone zur weiteren Senkungsrunde zwingen würde. Dies führt zu nicht verkraftbaren Ausfällen (Tabelle 13).
- Die Studie zeigt des Weiteren klar auf, wie wichtig das Zusammenspiel von Bund und Kantonen ist. Die Reform muss als Gesamtpaket betrachtet und die Ausgleichsinstrumente neu geschaffen bzw. angepasst werden. Verwerfungen innerhalb der Kantone müssen über den NFA ausgeglichen werden. Beide Reformen gehören zwingend verknüpft.
- Es darf sich nicht wiederholen, was im Rahmen der USR II als Reform ohne grosse finanzielle Folgen dem Volk verkauft worden ist, aber sich nachher zu einem Milliardendebakel entwickelt hat, das noch über Jahre zu Steuerausfällen führen wird.
- Die SP verlangt in jedem Fall eine Reform ohne Verlagerung von Lasten von den juristischen Personen zu den natürlichen Personen.
- Die SP verlangt vom EFD, dass die Erkenntnisse der Studie in die Vorbereitung der Vernehmlassungsvorlage einfließen. Wird das nicht geschehen, wird die SP diese Vorlage nie und nimmer mittragen.